

## **Der Gipfel der Unverbindlichkeiten**

Als „historisches Ereignis“ bewertet Bundeskanzlerin Angela Merkel den Bildungsgipfel von Bund und Ländern am 22. Oktober 2008. Der Beschluss des Qualifizierungsgipfels zeigt allerdings, dass vornehmlich ein Sammelsurium längst beschlossener Maßnahmen verabschiedet wurde. An den wirklichen Streitpunkten zwischen Bund und Ländern – vor allem bei der Bildungsfinanzierung – bleibt das Papier mehr als vage. Den zentralen Beschlüssen fehlt Substanz.

1. **„Demographische Rendite“ / Ausgaben für Bildung und Forschung auf 10 Prozent steigern.**  
Der Gedanke der demographischen Rendite: Trotz sinkender Schülerzahlen in einigen Bundesländern sollten deren Bildungshaushalte nicht gekürzt werden. Diesen Schritt wollen die Bundesländer nun nicht mitgehen. Die „demographische Rendite“ muss nun nicht mehr komplett im Bildungswesen verbleiben, sie soll lediglich **insbesondere** zur Verbesserung der Bildungsqualität genutzt werden. Von konkreten Investitionen in die individuelle Förderung oder in Ganztagsangebote in ganz Deutschland ist in der Erklärung nun auch nicht mehr die Rede. Unter dem Strich bedeutet diese Formulierung, dass die Länder bei sinkenden Schülerzahlen auch ihre Bildungsetats kürzen können.

Stattdessen versprechen Bund und Länder nun vage, 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Forschung auszugeben. Näheres soll eine Strategieguppe von Bund und Ländern bis zum 28. Oktober 2009 erarbeiten. Dieses Versprechen erscheint wenig glaubwürdig, da sich die Länder nicht einmal verpflichten wollten, die demographische Rendite zu 100 Prozent im Bildungswesen zu belassen. Das Abschlussdokument des Bildungsgipfels zeigt zudem, dass sich Bund und Länder in der Sache noch immer spinnefeind sind. Die Länder fordern höhere Anteile an der Umsatzsteuer, der Bund lehnt dies ab.

2. **Die Zahl der Schulabbrecher soll im ersten Schritt innerhalb von fünf Jahren halbiert werden.**  
Die Länder wollten nicht, dass passgenau für jedes einzelne Bundesland abgerechnet werden kann. Deshalb soll die Quote der Schulabbrecher nun nur im Bundesschnitt halbiert werden. Mit welchen Maßnahmen sie dieses Ziel erreichen wollen, ist nicht festgeschrieben. Zudem bleiben Bund und Länder mit diesem Beschluss hinter dem Zeitplan der Lissabon-Strategie zurück. Dort hat sich Deutschland verpflichtet die Zahl der Schulabbrecher bis zum Jahr 2010 zu halbieren.
3. **Die Zahl der Ausbildungsabbrecher soll innerhalb von fünf Jahren halbiert werden.** Die Länder wollten nicht, dass passgenau für jedes einzelne Bundesland abgerechnet werden kann. Deshalb soll die Quote der Ausbildungsabbrecher nun nur im Bundesschnitt halbiert werden. Mit welchen Maßnahmen sie dieses Ziel erreichen wollen, ist nicht festgeschrieben.
4. **Bund und Länder vereinbaren, die Studienanfängerquote auf mindestens 40 Prozent eines Jahrgangs zu steigern.** Die Länder wollten nicht, dass passgenau für jedes einzelne Bundesland abgerechnet werden kann. Deshalb soll die Quote der Studienanfänger nun nur im Bundesschnitt auf 40 Prozent angehoben werden. Mit welchen Maßnahmen sie dieses Ziel erreichen wollen, ist nicht festgeschrieben.

5. **Die Länder werden bis 2012 flächendeckend eine kostenfreie bedarfsgerechte intensivierete Sprachförderung vor der Einschulung sichern.** Auch dieses Vorhaben ging den Regierungschefs zu weit. Sie haben kurzerhand den Hinweis „bis 2012 flächendeckend und kostenfrei“ aus dem Papier gestrichen.
6. **Die flächendeckende Frühförderung (SGB IX) für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder** hat es ebenfalls nicht bis ins Papier geschafft. Die Chefs der Staatskanzleien haben den Hinweis „flächendeckend“ gestrichen.
7. **Die Länder werden insbesondere den Ausbau der Fachhochschulen und der dualen Studiengänge verstärken.** Diese Formulierung ging den Länderchefs offenbar zu weit. Der Ausbau der FHs und der dualen Studiengänge wird nunmehr nur angestrebt – und nicht verstärkt.
8. **Die Länder werden die durch SINUS angestoßenen Unterrichtsentwicklungsprozesse verstetigen und in länderübergreifender Zusammenarbeit auch im Grundschulbereich ausweiten.** Diesen Passus haben die Länder gestrichen. Stattdessen wird nur noch von einem Ausbau der Qualität des mathematisch-naturwissenschaftlichen Angebots, insbesondere an Schulen, gesprochen.
9. **Bund und Länder streben eine Weiterbildungsallianz mit den Ländern an.** Diese Allianz soll nach dem Wunsch der Länder nun nur noch der Bund anstreben. Mit den Ländern wird diese Initiative lediglich abgestimmt.

Zusätzlich waren folgende Vorschläge der SPD-regierten Länder nicht mehrheitsfähig:

1. **Längeres gemeinsames Lernen sowie die Gebühren- und Beitragsfreiheit aller staatlichen Bildungsangebote von der Krippe bis zur beruflichen Erstausbildung.**
2. **Die Länder werden mit substantieller finanzieller Beteiligung des Bundes die Beitragsfreiheit für den Besuch von Kinderkrippen und Kindertageseinrichtungen bis zum Jahr 2013 gewährleisten.**
3. **Es wird eine bundeseinheitliche Regelung zur Weiterbildung in Form eines Erwachsenen-Bildungsförderungsgesetzes geschaffen, in dem die Rechte und Pflichten der Bürger und der Unternehmen sowie Leistungen des Staates zusammengefasst werden.**
4. **Um eine Studienanfängerquote von mindestens 40 Prozent zu erreichen, werden die Länder Studiengebührenfreiheit gewährleisten.**
5. **Das Prinzip „Geld folgt Studierenden“ wird verankert.**

Der Bund lehnte folgende Vorschläge der Länder ab:

1. **Der Bund fördert den Einsatz von zusätzlichen Jugendsozialarbeitern, unter anderem an Ganztagschulen.** Diese Idee stammt aus dem Beschluss „Aufstieg durch Bildung“ des SPD-Parteivorstands vom 1. September 2008.
2. **Die Länder fordern den Bund auf, über SGB II und SGB XII die Kosten für Mittagsverpflegung an Ganztagschulen und für besondere Lernmittel zu übernehmen.**